

Protokoll

über die, am Mittwoch, dem 14. Dezember 2005,

um 19.00 Uhr,
im Rathaus Pressbaum, Großer Sitzungssaal,
stattgefundene

ORDENTLICHE SITZUNG des GEMEINDERATES

Anwesend: Bürgermeister H. Kraus, Vizebürgermeister P. Samec, sowie sämtliche, laut Kurrende geladene, Gemeinderäte;

Beginn: 19 Uhr 02

Ende: 19 Uhr 40

Schriftführer: OSek. Mag. Hager

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladungen sowie die Beschlussfähigkeit fest. In weiterer Folge setzt der Bürgermeister die Tagesordnungspunkte 7, 10 und 12 von der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Gemeinderates ab.

Es werden nunmehr 2 Dringlichkeitsanträge von der BLP-Fraktion wie folgt eingebracht:

Der Bürgermeister verliest den ersten Dringlichkeitsantrag (Beilage: 1) wie folgt:

„DRINGLICHKEITSANTRAG

der Gemeindefraktion Bürgerliste Pressbaum (BLP)

an den Gemeinderat.

Sehr geehrte Damen und Herren,

kommunale Kriminalprävention umfasst die Bemühungen von Gemeindebürgern in Zusammenarbeit mit der örtlichen Verwaltung sowie der Behörde, die Kriminalitätsfurcht sowie die Kriminalitätsrate selbst zu senken bzw. zu verhindern. Im Mittelpunkt dabei steht die Erkennung spezifischer Risiken und Problemlagen einer Gemeinde, aber vor allem die Einbindung und Unterstützung in den jeweiligen Sachfragen der Bürgerinnen und Bürger.

Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember 2005: Öffentlicher Teil

Damit solch ein Vorsorgemodell auch zu tragen kommt, bedarf es gemeinsamer Anstrengungen. Ob als Gremium, Arbeitskreis, Schulungsinitiative oder Vermittlung fachlicher Kompetenz.

Eines soll es allerdings nicht sein, ein Instrument zur Strafverfolgung oder zur Aufgabenübernahme jener Tätigkeit, die der Behörde überlassen ist.

Gemäß § 46 Abs. 3 der NÖ Gemeindeordnung für die Sitzung des Gemeinderates am 14. Dezember 2005 stellen die unterfertigten Gemeinderäte der Bürgerliste Pressbaum daher folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge in seiner Sitzung am 14. Dezember 2005 beschließen:

Schaffung eines Arbeitskreises - bestehend aus jeweils einem Mitglied aller der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, in Zusammenarbeit mit der Exekutive sowie sachkundigen Personen – zur Ausarbeitung eines Sicherheitskatalogs für Pressbaum.“

Der Bürgermeister lässt nun über die Zuerkennung der Dringlichkeit abstimmen:

Antrag:

Der Gemeinderat möge dem gegenständlichen Antrag die Dringlichkeit zuerkennen!

Entscheidung:

DAFÜR: Einstimmig

Damit ist der Antrag des Bürgermeisters auf Zuerkennung der Dringlichkeit einstimmig angenommen. Der Bürgermeister setzt den gegenständlichen Dringlichkeitsantrag nach d. Tagesordnungspunkt 17 als TOP 17 a auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Gemeinderates!

Der Bürgermeister verliest den zweiten Dringlichkeitsantrag (Beilage: 2) wie folgt:

„DRINGLICHKEITSANTRAG

der Gemeindefraktion Bürgerliste Pressbaum (BLP)

an den Gemeinderat.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember 2005: Öffentlicher Teil

es gibt eine Vielzahl von ortspolizeilicher Verordnungen, Mängel an Baulichkeiten, Übertretungen und Ärgernisse im Bereich von Pressbaum, die sich auf Grund mangelnder Überwachungsmöglichkeiten als mehr oder minder zahnlos erweisen. Denn die im besten Sinne erlassenen Verordnungen fruchten nichts, wenn deren Einhaltung nicht kontrolliert werden.

Dies führt vielerorts zum Ergebnis, dass der Unmut der Bevölkerung noch größer wird, wenn unzumutbarer Lärm, verbrannter Mist oder ungeräumte Gehwege gang und gebe sind, als wenn es gar keine Verordnungen gäbe.

Ältere Generationen können sich vielerorts noch an den berühmten Ortsgendarmen erinnern, eine Institution, die in deutschen Kommunen noch allgegenwärtig ist und den Begriff des Ordnungsamtes inne hat.

In diesem Sinne, wobei wir uns jetzt nicht auf den Begriff Ordnungsamt festlegen, sondern eher als Arbeitstitel ansehen sollten, sollte eine Möglichkeit geschaffen werden, die im Einklang mit den schon bestehenden Institutionen gegen allerlei Wildwuchs vorgeht.

Inwieweit hier ein zukünftiger Synergieeffekt entsteht – indem etwa diese Einrichtung als Wach-, Boten- oder Hilfskraft eingesetzt werden kann, würde sich sicher in Kürze zeigen.

Ein weiterer Vorteil wäre, wenn diese Person dem geplanten Arbeitskreis für Sicherheit – alleine schon wegen der Ortskenntnisse - zugehörig wäre.

Gemäß § 46, Absatz 3 der NÖ Gemeindeordnung für die Sitzung des Gemeinderates am 14. Dezember 2005 stellen die unterfertigten Gemeinderäte der Bürgerliste Pressbaum daher folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge in seiner Sitzung am 14. Dezember 2005 beschließen:

Überprüfung der juristischen Möglichkeiten zur Schaffung einer Institution, nach Vorbild eines „Ordnungsamtes“, zum Vollzug ortspolizeilicher Verordnungen.“

Der Bürgermeister lässt nun über die Zuerkennung der Dringlichkeit wie folgt abstimmen:

Antrag:

Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember 2005: Öffentlicher Teil

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat möge dem gegenständlichen Antrag die Dringlichkeit zuerkennen!

Entscheidung:

DAFÜR: Einstimmig

Damit ist der Antrag des Bürgermeisters auf Zuerkennung der Dringlichkeit einstimmig angenommen worden. Der Bürgermeister setzt den gegenständlichen Dringlichkeitsantrag als TOP 17 b auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Gemeinderates!

Nunmehr wird in die Tagesordnung wie folgt eingegangen:

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil:

1. Genehmigung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 23. November 2005
2. Beschluss des Voranschlages für das Haushaltsjahr 2006 und Beschlüsse zum Voranschlag für das Haushaltsjahr 2006
3. Auftragsvergabe: Leasingfinanzierung: Unimog U400 plus Anbaugeräte
4. Beschluss einer Darlehensaufnahme: Straßenbau im Rahmen der Landesfinanzsonderaktion und Bau des Regenwasserkanals in der Fünkhgasse
5. Bericht über die unangesagte Kassenprüfung vom 6. Dezember 2005
6. Kostenlose Grundabtretung in das Öffentliche Gut gemäß Teilungsplan GZ 11670 vom 19.09.2005 und rechtskräftigem Grundabtretungsbescheid vom 22.11.2005
7. Grundsatzbeschluss: Umwidmung im Bereich „Sattelberg“, Parz. Nr. 333/7;
8. Optische Kennzeichnung der Schutzwege im Pressbaumer Gemeindegebiet
9. Standorte für Handymasten im Pressbaumer Gemeindegebiet
10. Beitritt zum Mobilfunkpakt Niederösterreich
11. Abänderung des Gemeinderatsbeschlusses betreffend Künstlicher Befruchtungen
12. Neuregelung der Auszahlung der Beiträge an Fremdenverkehr und VFV
13. Ansuchen um Subvention: Kirchensanierung

Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember 2005: Öffentlicher Teil

14. Ansuchen um Leistung des jährlichen Finanzierungsbeitrages:
Regionalmarketing

Nicht Öffentlicher Teil:

15. Personalangelegenheiten
16. Ehrungen
17. Berufung in Abgabenangelegenheiten

Öffentlicher Teil:

18. Jahresbericht des Bürgermeisters
19. Berichte

Öffentlicher Teil der GR-Sitzung vom 14. Dezember 2005:

Zu TOP 1) – Genehmigung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 23. November 2005:

Sachverhalt:

Der Bürgermeister hält fest:

Das Sitzungsprotokoll zur letzten Gemeinderatssitzung wurde den Protokollprüfern zugestellt.

GR Chr. Leininger stellt in weiterer Folge den folgenden

Antrag:

Das Sitzungsprotokoll zur letzten Sitzung des Gemeinderates vom 23. November 2005 soll nicht verlesen, dafür aber genehmigt werden!

Entscheidung:

DAFÜR: Einstimmig

Zu TOP 2) – Beschluss des Voranschlages für das Haushaltsjahr 2006 und Beschlüsse zum Voranschlag für das Haushaltsjahr 2006:

Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember 2005: Öffentlicher Teil

Sachverhalt:

Der Bürgermeister begrüßt OSek.-Stv. Tauschl als zuständige Mitarbeiterin für den vorliegenden Voranschlag für das Haushaltsjahr 2006 und informiert die Sitzungsteilnehmer, dass Frau Tauschl selbstverständlich allen GemeinderätInnen für weitere Fragen zur Verfügung stehen wird. Der Bürgermeister umreißt die Eckdaten des vorliegenden Voranschlages für das Haushaltsjahr 2006 wie folgt:

Als Grundlage der Gebarung des Gemeindehaushaltes im Haushaltsjahr 2006 werden die im beigeschlossenen Voranschlag bei den einzelnen Haushaltsstellen vorgesehenen Bruttoausgaben und Bruttoeinnahmen festgesetzt. Die Zusammenfassung der im Voranschlag festgesetzten Ausgaben und Einnahmen ergibt folgende Schlusssummen:

	Einnahmen:	Ausgaben:
1. Ordentlicher Voranschlag:	€ 9.043.900,--	€ 9.043.900,--
2. Außerordentlicher Voranschlag:	<u>€ 2.211.800,--</u>	<u>€ 2.211.800,--</u>
Gesamtvoranschlag:	€ 11.255.700,--	€ 11.255.700,--

Zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des ordentlichen Haushaltes kann die Gemeinde nach aufsichtsbehördlicher Genehmigung einen Kassenkredit in der Höhe von € 904.000,-- aufnehmen. Der Gesamtbetrag der aufzunehmenden Darlehen, die zur Bestreitung von Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes bestimmt sind, wird mit € 1.775.500,-- festgelegt. Die Besetzung von Dienstposten der Gemeinde, ihrer Anstalten und Betriebe erfolgt nach dem beigeschlossenen Dienstpostenplan. Der Bürgermeister hält fest, dass er über den vorliegenden Voranschlag 2006 selber nicht glücklich ist, da die Verschuldung der Gemeinde weiter ansteigen wird. Allerdings möchte der Bürgermeister vom Gemeinderat wissen, welches Projekt, das im Voranschlag 2006 vorgesehen ist, gestrichen werden soll bzw. überhaupt gestrichen werden kann? Hätte man den Kanalbau am Bartberg stoppen sollen? Soll man kaputte Gemeindestraßen in Zukunft nicht mehr ausbessern bzw. asphaltieren lassen? Der Bürgermeister informiert die Sitzungsteilnehmer, dass die verlustbringenden Agenden der Gemeindeverwaltung, siehe auch die Aufzählung im

Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember 2005: Öffentlicher Teil

Prüfbericht des Landes NÖ, im Laufe des nächsten Haushaltsjahres ausgegliedert und in einer eigenen Gesellschaft zusammengefasst werden sollen. Die Gemeinden Neulengbach und Purkersdorf haben mit vergleichbaren Projekten schon große Erfolge erzielt und sollten daher auch für unsere Gemeinde ein Vorbild sein. Natürlich kann man alle Subventionen streichen, aber wie soll man dann das so wichtige örtliche Vereinsleben in Zukunft am Leben erhalten?

GR Dkfm. W. Nahrgang hält fest, dass die Aussagen in der SPÖ-Zeitung, wonach die SPÖ keine Mitverantwortung an der derzeitigen Schuldenlast trifft und diese Schulden von der SPÖ nach der Wahl geerbt wurden, entbehrlich und nicht zutreffend sind, da die SPÖ ja immer mit gestimmt hat. Auch der lobende Hinweis, dass es nunmehr gelungen sei, ein ausgeglichenes Budget zu erstellen, ist keine Leistung, sondern gesetzliche Notwendigkeit. GR Dkfm. W. Nahrgang hält fest, dass das vorliegende Budget 2006 wirklich kein Sparbudget ist und die Verschuldung der Gemeinde weiter ansteigen wird. Die Empfehlungen des Prüfberichtes der Abteilung Gemeinden aus dem Jahr 2004 sind zum großen Teil noch nicht umgesetzt. Eine konsequente Umsetzung der dort getätigten Empfehlungen würde massive Einsparungen für die Gemeinde bringen. Im Hinblick auf den soeben gekündigten EVN-Stromliefervertrag hält GR Dkfm. W. Nahrgang fest, dass auch dieser von der „alten“ Koalition beschlossen worden ist.

Die angeregte Umschuldung der alten Kredite ist noch immer nicht passiert, obwohl beinahe 9 Monate Zeit dafür zur Verfügung gestanden haben. Dieses Versäumnis schlägt sich mit höheren Kreditkosten in der Höhe von ca. € 15.000,- nieder. In weiterer Folge stellt GR Dkfm. W. Nahrgang mittels des bereitgestellten Flipcharts graphisch die Schuldenentwicklung von 2000 bis 2009 dar. Folgende Fakten werden dabei dargestellt:

Schuldenstand:	Anfang 2000:	ca. € 13,5 Millionen
Schuldenstand:	Ende 2005:	ca. € 15,6 Millionen

Dies bedeutet, dass die Schulden der Gemeinde im Zeitraum 2000 – 2005 um 2,1 Millionen € angestiegen sind. Weiters führt dies in diesem Zeitraum dazu, dass dem

Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember 2005: Öffentlicher Teil

Anstieg des Budgets in der Höhe von 6,9 % ein Anstieg der Schulden in der Höhe von 15,5 % gegenüber steht.

Der Verschuldungsgrad der Gemeinde stellt sich wie folgt dar:

Jahr 2000: 179 %

Jahr 2005: 194 %

Jahr 2006: 182 % (aber nur, weil die Gewinnentnahmen und die Ersätze von den Verwaltungszweigen nunmehr zu berücksichtigen sind)

Alleine in der Gruppe 8 (Dienstleistungen wie z. B. Bad, Bauhof, Friedhof) ergibt sich ein Minus von ca. 590.000,-- €. Auch der Pfarrsaal verursacht ein Defizit. GR Dkfm. W. Nahrgang hält fest, dass der vorliegende Voranschlag 2006 der Beweis dafür ist, dass es kein Konzept zur Sanierung der Gemeinde gibt. Auch die Prognose der Schuldenentwicklung bis 2009 belegt, dass die Schulden weiter ansteigen werden, sodass der, auf Grund der Gemeinderatswahl 2010 nachfolgende, Gemeinderat auf jeden Fall höhere Schulden - wie jetzt vorhanden - erben wird. Vergleicht man den Schuldenstand 2000 in der Höhe von 13,5 Millionen € mit dem prognostizierten Schuldenstand 2009 von 16,8 Millionen € ergibt sich ein Anstieg von 24,3 % oder 3,3 Millionen €. Daher wird die FPÖ-Fraktion dem vorliegenden Voranschlag 2006 nicht zustimmen.

Der Bürgermeister hält fest, dass dann nur mehr geplante Projekte gestrichen oder hinausgeschoben werden können.

GR M. Söldner hält fest, dass die ÖVP-Fraktion über den vorliegenden Voranschlag 2006 entsetzt ist, da es wieder zu einer kräftigen Neuverschuldung kommen wird. Die ÖVP ist in der Vergangenheit immer wegen der steigenden Verschuldung der Gemeinde kritisiert und angefeindet worden und daher kann man auch über den vorliegenden Voranschlag 2006 nicht kritiklos hinwegsehen. GR M. Söldner ist absolut unzufrieden mit dem Defizit in der Gruppe 8 und hält fest, dass die Empfehlungen der Abteilung Gemeinden einfach noch nicht vollständig umgesetzt worden sind. GR M. Söldner hält fest, dass daher auch die ÖVP-Fraktion dem vorliegenden Voranschlag 2006 nicht zustimmen wird.

Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember 2005: Öffentlicher Teil

GGR H. Prinz beantragt eine Sitzungsunterbrechung!

Der Bürgermeister ordnet eine Sitzungsunterbrechung an (19 Uhr 23 – 19 Uhr 32).

GGR D.I. Dr. B. Lindinger geht nun auf den Bereich „Wasser und Kanal“ ein. Es ist offensichtlich, dass in diesem Bereich Überschüsse produziert werden, die teilweise einfach dem ordentlichen Haushalt zufließen und damit nicht zweckgebunden verwendet werden.

Während der Wortmeldung von GGR D.I. Dr. B. Lindinger verlassen folgende Mitglieder des Gemeinderates den Sitzungssaal:

GR R. F. Breier, GR P. Brandl, GR Dkfm. W. Nahrgang, GGR J. Schmid-Haberleitner, GGR J. Riegler, GR M. Söldner, GR M. Stojaspal, GR I. Tötzl, GR M. Auer, GGR G. Kraus, GR M. Schandl,

GGR D.I. Dr. B. Lindinger beziffert diesen Betrag mit ca. € 419.000,--. Würde man diesen Betrag zweckgebunden für die neuen Projekte im Bereich „Wasser und Kanal“ verwenden, könnte die Gemeinde die Summe der aufzunehmenden Darlehen um ca. 27 % reduzieren. Nachdem diese Überschüsse aber zum Ausgleich des ordentlichen Haushaltes verwendet werden, müssen die Darlehen natürlich in voller Höhe aufgenommen werden. Damit muss die Gemeinde eine höhere Zinsenlast bedienen, diese Zinskosten werden natürlich in den Betriebsfinanzierungsplan eingerechnet und sorgen damit wieder dafür, dass der Wasserpreis bzw. die Kanalgebühren auf dem derzeitigen, zu hohen Niveau bleiben müssen. GGR D.I. Dr. B. Lindinger hält fest, dass dies sicher nicht der richtige Weg ist, da der Bürger zweimal zur Kasse gebeten wird. GGR D.I. Dr. B. Lindinger erinnert an die Abstimmungsvorgänge im Jahr 2004, wie es um den Beschluss des Voranschlages für das Haushaltsjahr 2005 gegangen ist. Damals haben die SPÖ-Fraktion und die GRÜNE-Fraktion dem vorliegenden Voranschlag 2005 nicht ihre Zustimmung gegeben. Was hat sich im Vergleich zu heute verändert, außer dass die SPÖ-Fraktion und die GRÜNE-Fraktion nunmehr maßgeblich die Gemeinderegierung bilden? Nachdem diese Vorgehensweise unseriös ist, können die FPÖ-Fraktion und die ÖVP-Fraktion nicht mehr weiter an der gegenständlichen Sitzung teilnehmen!

Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember 2005: Öffentlicher Teil

GGR D.I. Dr. B. Lindinger und GR D.I. A. Gerl verlassen ebenfalls den Sitzungssaal!

Der Bürgermeister hält fest, dass damit die erforderliche 2/3-Mehrheit zur Wahrung der Beschlussfähigkeit des Gemeinderates (§ 48 NÖ Gemeindeordnung 1973) nicht mehr gegeben ist, da nur mehr 16 von 29 GemeinderätInnen anwesend sind. Der Bürgermeister bricht daher die heutige Sitzung des Gemeinderates ab! Der Bürgermeister wird neuerlich zu einer Sitzung betreffend der heute unerledigten Tagesordnungspunkte einladen.

Der Bürgermeister schließt die Sitzung um 19 Uhr 40!

V.g.g

Der Bürgermeister:

.....
(Heinz Kraus)

Der Schriftführer:

.....
(OSek. Mag. Hager)

Die Protokollprüfer:

.....
(GR D.I. A. Gerl, ÖVP)

.....
(GR Ing. Chr. Schuster, SPÖ)

.....
(GGR D.I. Dr. B. Lindinger, FPÖ)

.....
(GR Chr. Leininger, GRÜNE)

.....
(GGR H. Prinz, BLP)